



Amtsgericht Bielefeld

Beschluss

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Donnerstag, 27.03.2025, 09:30 Uhr,
0. Etage, Sitzungssaal 18, Gerichtstraße 6, 33602 Bielefeld**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Bielefeld, Blatt 11582,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Bielefeld, Flur 57, Flurstück 830, Hof- und Gebäudefläche,
Karolinenstraße 23, Größe: 1.097 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten des Sachverständigen:

freistehendes, unterkellertes, eingeschossiges Zweifamilienwohnhaus mit
ausgebautem Dachgeschoss, 1936 erbaut mit einer Wohnfläche von ca. 120 m² und
zwei Garagen.

Weitergehende An- und Umbauten erfolgten ohne baurechtliche Genehmigung.

Ein Neubau auf dem Grundstück ist lediglich im Rahmen des gültigen
Bebauungsplanes (Industriegebiet) zulässig.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 17.07.2024
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

200.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.